

p.B.72.9.15.1.-DUR/VSV

Bern, den 23. Mai 1990

GESPRÄCHSNOTIZ

Die Kopenhagener Konferenz über die
menschliche Dimension (5. - 29. Juni 1990)

Arbeitsessen mit US-Delegation
Hotel Schweizerhof, Bern,
18. Mai 1990, 20.00 - 23.00 h

Teilnehmer: Botschafter M. Kampelman, Chef der
KSZE-Delegation der USA (KAM)
J. Evans, Stellvertretender Delegationschef
J. Corbett, Botschaftsrätin
W. Perett, erster Botschaftssekretär

EDA Staatssekretär K. Jacobi (JAC)
Botschafter J. Staehelin (SIN)
Botschafter M. von Grünigen (GRN)
P. Widmer (W I), J.-D. Vigny, C. Altermatt, R. Dürler

Nach einer kurzen Willkommensansprache durch JAC erwähnt KAM zunächst seine guten Eindrücke von den Besuchen in Dublin und Prag und tritt dann sogleich in medias res ein. Er will, dass die Kopenhagener Konferenz ein historisches Ereignis wird, und dass dort keine Minimallösungen akzeptiert werden. Am Treffen werde eine litauische Delegation teilnehmen, die von den USA und voraussichtlich auch anderen NATO-Staaten empfangen werde. Die baltischen Delegationen würden als "public members" teilnehmen. Es sei bei der Kopenhagener Tagung streng auf die vereinbarten Modalitäten zu achten, weil Kopenhagen Vorbild für die nächstjährige Moskauer-Konferenz sei. In der Folge informiert KAM über seine bereits gemachten Besuche. Er äussert seine Bedenken gegenüber der von Staatspräsident Havel vorgeschlagenen Sicherheitskommission. Die USA seien allgemein skeptisch gegenüber gewissen Bestrebungen, KSZE-Belange in andere Organisationen einzubringen, insbesondere solche, bei denen die USA weder Mitglied seien noch werden könnten.

GRN erläutert die Haltung der Schweiz betreffend die Institutionalisierung der KSZE gemäss der Sprachregelung. KAM erwidert, dass die USA eine ähnliche Haltung hätten und insbesondere keine zweite UNESCO wollten. KAM will nach Möglichkeit keine Organisationen mit festen Belegschaften. JAC schlägt vor, dass jeweils ein einzelnes KSZE-Land gewisse Aufgaben übernehmen solle, womit KAM einverstanden ist. GRN warnt vor einem "KSZE-Brüssel". Für KAM käme beispielsweise auch eine Rotation in Frage.

Die Rede kommt auf Präsident Havels Einladung zum KSZE-Gipfel nach Prag. KAM ist der Auffassung, dass Havel unterstützt werden müsse, in dieser Angelegenheit aber zu spät komme. Prag müsse jedoch bei einer zukünftigen KSZE-Veranstaltung berücksichtigt werden. Was die Einladung von Aussenminister Dienstbier an die VVSBM-Delegationen zur Diskussion des tschechoslowakischen Vorschlags bezüglich einer europäischen Sicherheitskommission angeht, bemerkt KAM, der Chef der US-Delegation an den VVSBM in Wien werde nicht an einem Ausflug nach Prag teilnehmen, weil dies ein Präjudiz schaffen würde.

Am Gipfel könnte, so GRN, über die Fortsetzung der Abrüstungsge-spräche entschieden werden. Angesichts der Entwicklung in der UdSSR sei die Schweiz an einem frühen Gipfel noch in diesem Jahr interessiert. KAM entgegnet GRN, dass nun der Druck auf Präsident Gorbatschew aufrechterhalten werden müsse. Die Welt hänge nicht von der Person Gorbatschew ab. Dieser müsse realisieren, dass er, und nicht die militärischen Kreise, die Entscheide zu treffen hätte. Die USA werden am Abschluss eines CFE-Abkommens als Vorbedingung festhalten; KAM ist der Auffassung, dass es noch zu früh sei, darüber zu spekulieren; die UdSSR würde voraussichtlich einlenken, und es werde zu einem Abkommen kommen, doch der Druck müsse beibehalten werden. Für die Verhandlungen über ein CFE II-Abkommen sähe KAM Prag als geeigneten Ort ("wir brauchen nicht zurück nach Wien"). Evans bezweifelt diese Ansicht allerdings.

GRN erläutert den Gästen das schweizerische Vorhaben für ein Minderheitentreffen. KAM weist daraufhin, dass die CSFR eine ähnliche Absicht hege und in Bratislava ein solches Treffen abhalten wolle; eventuell werde zusammen mit Ungarn ein entsprechender Vorschlag unterbreitet werden. Auf den Schweizer Vorschlag zurückkommend sagt KAM, dass auch die USA gegen die Definierung von Minderheiten seien; er würde es begrüßen, wenn das Minderheiten-treffen ausserhalb des formellen KSZE-Prozesses und darüber hinaus in einem neutralen Umfeld stattfinden könnte. Für ihn habe ein solches Treffen hohe Priorität, und der Zeitpunkt dafür zwischen La Valletta und Moskau sei gut. KAM sagt, er habe früher Aussenminister Schewardnadse eine inner-sowjetische Minderheiten-konferenz vorgeschlagen.

WI unterbreitet den schweizerischen Vorschlag zur Verbesserung des Mechanismus. KAM wendet ein, es könne zu "Anarchie" führen, wenn jeder der 35 KSZE-Staten jemanden in ein anderes KSZE-Land schicken könne. Er schlägt eine Aenderung vor: nur wenn sich zwei oder drei Staaten zusammuntun, solle das Recht bestehen, Beobachter entsenden zu können. Dadurch werde Missbrauch vermieden.

Im folgenden erläutert SIN den Europarat. WI weist auf die Parallelität zwischen Europarat und drittem Korb der KSZE hin. Die Gemeinsamkeiten zwischen den beiden nähmen angesichts des Wechsels in Osteuropa zu. In Zukunft solle eine bessere Koordination und möglicherweise eine Vernetzung zwischen den beiden stattfinden. Der Europarat solle an den einschlägigen KSZE-Treffen anwesend sein; zuerst in der KSZE-Delegation des Präsidialstaates, später als selbständiger Beobachter. KAM will anlässlich seines Besuches in Strassburg diese Frage zur Sprache bringen. Ausserdem erwähnt KAM, dass das KSZE-Treffen über die friedliche Streiterledigung in La Valletta bessere Erfolgchancen als frühere Anläufe hätte.

Zum Schluss erwähnt GRN den US-Vorschlag betreffend freie und geheime Wahlen und bringt das Problem der Landsgemeinden vor. KAM erwidert, dass in gewissen Staaten der USA ein ähnliches Verfahren bestehe (town meetings). Er werde sich dieser Frage annehmen.

KSZE-Dienst

R. Dürler

R. Dürler

Kopien an: JAC, GRN, SIN, WI, VY, AC, DUR
Schweizerische Botschaft in Washington
Ständige Vertretung der Schweiz beim Europarat
in Strassburg

CK 29. Mai 90 -9